

Kolumne Herausgeberrat, Klettgauer Bote vom 11.3.2023, Menschenrechte

11.3.2023, Martina Munz; Nationalrätin

### **Stehen wir ein für die Menschenrechte!**

Der Protest im Iran beeindruckt mich zutiefst. «Frau, Leben, Freiheit» ist zum Leitspruch der mutigen Frauenrevolution geworden. Die Protestierenden wollen die herrschende Unterdrückung nicht länger akzeptieren und treten für ihre Würde und Selbstbestimmung ein. Seit der Ermordung der jungen Frau Jina Mahsa Amini schreien Protestierende dem iranischen Regime entgegen: «Frau, Leben Freiheit». Tausende mussten dafür sterben. Die iranischen Behörden gehen seit fünf Monaten mit äusserster Brutalität gegen die eigene Bevölkerung vor. Trotzdem, der Ruf nach Gerechtigkeit verstummt nicht.

Der Nationalrat hat zu Beginn der Frühlingssession eine Erklärung verabschiedet, in der er die exzessive Gewalt des islamischen Regimes verurteilt und den Bundesrat auffordert, der grossen Verantwortung der Schweiz als bedeutender Finanz- und Rohstoffhandelsplatz gerecht zu werden und Massnahmen zu ergreifen.

Auch in der Ukraine kämpfen die Menschen um Freiheit und Menschenrechte. Sie verteidigen das Völkerrecht, täglich verlieren Dutzende ihr Leben dabei. Auch bei diesem Krieg hat die Schweiz als wichtiger Finanz- und Rohstoffplatz eine Schlüsselposition, denn Putins Geldspur führt in die Schweiz. Bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs erfolgte 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels über die Schweiz. Der russische Staat finanziert sich in erster Linie über den Export von Öl und Gas. Die Rohstoffhändler gehören zu den Profiteuren des Krieges und die Schweiz profitiert mit. Heute, ein Jahr nach Kriegsausbruch, weiss der Bundesrat immer noch nicht, ob diese Geschäfte weiterhin hier abgewickelt werden und ob die Vermögen der russischen Oligarchen in der Schweiz grossmehrheitlich aufgespürt sind. Beim Vollzug der Sanktionen wurden gravierende Mängel festgestellt. Der Nationalrat hat deshalb im letzten Dezember eine Taskforce gefordert, die sich dieser Sache annimmt. Sie wurde allerdings nur von einer knappen Mehrheit befürwortet. Soll die Schweiz weiterhin wegschauen oder endlich Farbe bekennen? Tatsächlich müssten wir für einen sauberen Finanz- und Handelsplatz auf lukrative Geschäfte mit Unrechtsregimen verzichten. Das könnte unseren Wohlstand geringfügig schmälern, wir stünden jedoch für die Menschenrechte ein. Angesicht der mutigen Proteste und der Opferbereitschaft der Menschen im Krieg, wäre das das Richtige.